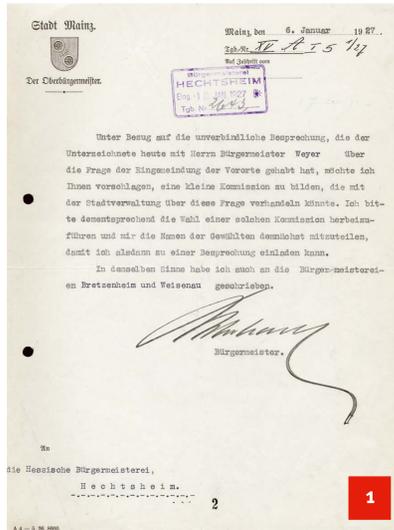




Abb. 1: 6. Januar 1927
An Hechtsheims Bürgermeister Peter Josef Weyer gerichtete Anregung des Mainzer Bürgermeisters Dr. Wilhelm Ehrhard zur Bildung einer Eingemeindungskommission.



ZU DEN EXPONATEN

Erste Versuche, die Gemeinde Hechtsheim in das Stadtgebiet Mainz einzugliedern, gab es bereits Ende der 1920er Jahre. Seinerzeit war Mainz bestrebt, durch die Eingemeindungen von Bretzenheim, Weisenau und Hechtsheim Siedlungsraum für die stetig wachsende Stadt und neue Flächen zur Industrieansiedlung zu gewinnen. Zu Beginn des Jahres 1927 regte der Mainzer Bürgermeister Dr. Wilhelm Ehrhard im Auftrag von Oberbürgermeister Karl Külb die Bildung von Eingemeindungskommissionen in den betroffenen Kommunen an (Abb. 1). Die Verhandlungen mit Hechtsheim verliefen jedoch schleppend, so dass erst im Juni 1929 ein Vertragsentwurf vorgelegt werden konnte. Nachdem sich kurz darauf in einer Bürgerbefragung eine Mehrheit der Hechtsheimer Einwohnerschaft gegen eine Eingemeindung ausgesprochen hatte, lehnte der Gemeinderat Hechtsheim am 25. September 1929 die Eingliederung von Hechtsheim in das Stadtgebiet Mainz mit 9 gegen 8 Stimmen ab. Stattdessen wurden zum 1. Januar 1930 rechtsrheinisch Ginsheim-Gustavsburg und Bischofsheim sowie linksrheinisch Bretzenheim und Weisenau nach Mainz eingemeindet.

Beeinflusst von den Folgen der Weltwirtschaftskrise kam es im März 1931 zu einer zweiten Volksabstimmung in Hechtsheim, bei der sich jetzt eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für eine Eingemeindung nach Mainz aussprach. Die Stadt Mainz befürchtete nun jedoch zu hohe finanzielle Belastungen durch eine Angliederung Hechtsheims, so dass die Eingemeindung damals nicht zustande kam.



Abb. 3: 2. Juni 1969 Oberbürgermeister Jockel Fuchs (links) und Hechtsheims 1. Beigeordneter Adolf Licht (rechts) bei der Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrags. / Quelle: Stadtarchiv Mainz



Abb. 2: 1. September 1968 Der designierte Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis Mainz-Bingen und spätere Mainzer Kulturdezernent Dr. Anton Maria Keim (links) bei der Stimmabgabe zur Bürgerbefragung über die Eingemeindung.

Am 1. September 1968 fand in Hechtsheim, der damals größten Gemeinde im Landkreis Mainz, ebenso wie in Drais, Laubenheim und Marienborn eine Bürgerbefragung zur Eingemeindung nach Mainz statt. Als Bürger der Gemeinde Hechtsheim gab dabei auch der damalige designierte Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis Mainz-Bingen und spätere Mainzer Kulturdezernent Dr. Anton Maria Keim seine Stimme ab (Abb. 2). Eine eindeutige Mehrheit von 92,5 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Hechtsheims, die sich an der Befragung beteiligt hatten, stimmten schließlich gegen eine Eingemeindung nach Mainz, nur 7,5 Prozent dafür.

Als Reaktion auf die vom Landtag beschlossene Eingemeindung von Hechtsheim nach Mainz erklärten der Hechtsheimer Bürgermeister Heinrich Dreibus und fünf Mitglieder des Gemeinderats ihren Austritt aus der CDU. In der letzten Sitzung des Gemeinderats Hechtsheim am 30. Mai 1969 legte der seit 23 Jahren amtierende Bürgermeister Dreibus schließlich sein Amt nieder. In derselben Sitzung wurde er in Würdigung seiner Verdienste für die Gemeinde zum Ehrenbürger Hechtsheims ernannt. Die Unterzeichnung des Eingemeindungsvertrags am 2. Juni 1969 nahm für die Gemeinde Hechtsheim der 1. Beigeordnete Adolf Licht vor (Abb. 3).